

PRESSEMITTEILUNG

Studie: Zentrale Umwelt- und Wirtschaftsakteure fordern ambitioniertere Klimapolitik der nächsten Bundesregierung

Berlin, 11. November 2021. Laut einer Umfrage des Centres for Sustainability der Berliner Hertie School und des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung der Universität Bern wünschen sich die wichtigsten Akteure der deutschen Umwelt- und Wirtschaftspolitik eine deutlich ambitioniertere Klimapolitik von der nächsten Bundesregierung. In der Studie befragten die Forschenden 47 Bundesministerien, Nichtregierungsorganisationen, Verbände und weitere Organisationen, die maßgeblich Einfluss auf die bundesdeutsche Klimapolitik nehmen. Laut der Studie bestehe ein breiter Konsens, etwa zur Verschärfung klimapolitischer Maßnahmen, zu höheren CO₂-Preisen, und zu institutionellen Reformen der bundesdeutschen Klimagovernance.

Prof. Dr. Christian Flachsland, Direktor des Centres for Sustainability und Co-Autor der Studie sagt: «Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass sich über 80 Prozent der führenden Organisationen aus Wirtschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft einen strategischeren Planungsprozess wünschen. Dazu zählt auch, dass das Kanzleramt eine verstärkt koordinierende Rolle in der regierungsübergreifenden Klimapolitik einnehmen sollte. 70 Prozent der Befragten fordern dies.»

Prof. Dr. Karin Ingold, Politikwissenschaftlerin und Projektverantwortliche der Universität Bern, sagt: "Die große Zustimmung der deutschen Organisationen zu ambitionierter Klimapolitik und höheren CO₂-Preisen auf europäischer Ebene kann ein wichtiger Faktor für einen umfassenderen Klimaschutz im gesamten europäischen Wirtschaftsraum haben.»

Dr. Lukas Fesenfeld, Politikwissenschaftler und Erstautor der Studie von der Universität Bern, sagt: «Besonders überraschend waren für uns die Befragungsergebnisse zur CO₂-Bepreisung. Circa 90 Prozent der Befragten wünschen sich, dass die Bundesregierung vor allem auf CO₂-Preise als Klimaschutzinstrument setzt und eine deutliche Mehrheit wünscht sich einen Mindestpreis.»

Dr. Sebastian Levi, Politikwissenschaftler und Co-Autor der Studie der Hertie-School, sagt: «Aus den gesammelten Daten können wir deutlich ablesen, dass sich die Mehrzahl der großen deutschen Verbände, Nichtregierungsorganisation und Ministerien von der nächsten Bundesregierung eine ökologisch wirksame und sozial gerechte Klimapolitik wünscht. SPD, Grüne und FDP sollten dies während der Koalitionsverhandlungen im Blick behalten. Einnahmen der CO₂-Bepreisung könnten beispielsweise für eine pauschale Pro-Kopf-Rückerstattung für private Haushalte sowie zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. Der Rest der Einnahmen könnte Geringverdienern und Unternehmen zur Entlastung zur Verfügung stehen.»

Weitere wichtige Kennzahlen der Studie im Überblick:

- Über 80% der befragten Organisationen wünschen sich, dass die nächste Bundesregierung einen strategischen, regierungsübergreifenden Planungsprozess anstößt.
- Über 95% der Befragten fordern, dass die nächste Bundesregierung zur Umsetzung der Klimaziele umfassende Politikpakete verabschiedet.
- Mehr als 90% fordern, dass ökologische Wirksamkeit zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie soziale Gerechtigkeit die zentralen Entscheidungskriterien für diese Klimaprogramme werden.



- Mehr als 90% der Befragten wünschen sich, dass die Bundesregierung vor allem auf CO₂-Preise als Klimaschutzinstrument setzt.
- Mehr als 60% der Befragten befürworten, dass die Bundesregierung vor allem auf regulatorische Maßnahmen (z.B. strengere Emissionsstandards und Verbote) setzt.
- Eine deutliche Mehrheit (75%) aller befragten Organisationen fordert, dass grundsätzlich ein Mindestpreis pro Tonne CO₂ im Rahmen des Emissionshandels festgelegt wird.
- Im Durchschnitt fordern diejenigen Befragten, die ihre Präferenzangaben, dass die nächste Bundesregierung möglichst rasch den CO₂-Preis auf mindestens 50 Euro (derzeit 25 Euro) pro Tonne CO₂ erhöht. Ab 2025 sollte er bei mindestens 88 Euro, ab 2030 bei mindestens 126 Euro liegen.

Die Studie basiert auf Ergebnissen einer repräsentativen Zielgruppenumfrage unter den 47 wichtigsten deutschen Akteuren, die Einfluss auf Deutschlands Klimapolitik nehmen. In einem nächsten Schritt wollen die Forschenden herausarbeiten, welche Koalitionsmuster es unter den Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gibt.

Hier finden Sie alle Studienergebnisse:

Fesenfeld, L.P., Maier, M., Montfort S., Ingold, K., Flachsland, C. and Levi, S., Akteursbefragung zur deutschen Klimaschutzpolitik (2021). Available at SSRN:

https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3961307

Die Hertie School in Berlin bereitet herausragend qualifizierte junge Menschen auf Führungsaufgaben im öffentlichen Bereich, in der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft vor. Sie bietet Masterstudiengänge, Executive Education und Doktorandenprogramme an. Als universitäre Hochschule mit interdisziplinärer und praxisorientierter Lehre, hochklassiger Forschung und einem weltweiten Netzwerk setzt sich die Hertie School auch in der öffentlichen Debatte für „Good Governance“ und moderne Staatlichkeit ein. Die Hertie School wurde 2003 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gegründet und wird seither maßgeblich von ihr getragen. Sie ist staatlich anerkannt und vom Wissenschaftsrat akkreditiert. www.hertie-school.org

Das Oeschger-Zentrum für Klimaforschung (OCCR) ist eines der strategischen Zentren der Universität Bern. Es bringt Forscherinnen und Forscher aus 14 Instituten und vier Fakultäten zusammen. Das OCCR forscht interdisziplinär an vorderster Front der Klimawissenschaften. Das Oeschger-Zentrum wurde 2007 gegründet und trägt den Namen von Hans Oeschger (1927-1998), einem Pionier der modernen Klimaforschung, der in Bern tätig war. www.oeschger.unibe.ch

Pressekontakt

Alina Zurmühlen, Pressereferentin, Hertie School

+49 (0) 30 259 219 – 246

zurmuehlen@hertie-school.org